# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage-19 Rpfg. Alle Postanstalten träger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Aufwertungsgeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahme aller Dienststellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 196. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 23. August 1927


## Amnestie.

Von fachkundiger und den innenpolitischen Entscheidungen nahestehender Seite wird uns geschrieben:

Am zweiten Oktober feiert Reichspräsident von Hindenburg seinen 80. Geburtstag. Von verschiedenen Seiten waren große Festlichkeiten geplant, um dem Jubilar die Anhänglichkeit des deutschen Volkes zu zeigen. Unter Hinweis auf den Ernst der Zeit hat jedoch der Reichspräsident, davon Abstand zu nehmen. Er gestattete jedoch, daß nicht für ihn, aber für alle die eine Spende geschaffen wird, die als Mitkämpfer im großen Kriege dem Vaterlande das Leben oder die Gesundheit geopfert hatten. Wo der Staat hier wegen Mangels an Mittel versagen muß, soll die Hindenburg-Spende eingreifen. Auf diese Weise ergibt sich die beste Gelegenheit, die Verehrung für die Person Hindenburgs zum Ausdruck zu bringen und mitzuhelfen, für diejenigen zu sorgen, denen Deutschland so viel zu danken hat. Ein schöner Gedanke, der denn auch die Unterstützung aller Parteien, aller Organisationen und Verbände gefunden hat.

Aber noch ein anderer Gedanke ist in den Vordergrund gerückt worden, der einer Amnestie. Zu Zeiten der Monarchie kam es öfter vor, daß bei Regierungswechseln oder an sonst wichtigen Tagen eine mehr oder minder umfangreiche Amnestie erlassen wurde. Diese Sitte ist auch teilweise von dem jetzigen Staat übernommen worden. So wurden schon unter dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert verschiedene Amnestien erlassen, allerdings nicht um einen Erinnerungstag zu begehen, sondern um gewissermaßen einen Strich unter die erste Sturm- und Drangperiode des neuen Staatswesens zu setzen.

Vor einiger Zeit tauchte die Nachricht auf, daß der Reichsjustizminister schon Anregungen in Richtung einer Amnestie gegeben habe. Das stellte sich jedoch als verfrüht heraus. Es war noch keine Liste für etwa zu Begnadigende aufgestellt. Damit war jedoch nicht gesagt, daß diese ganze Frage nicht erörtert wurde. Es war nur noch nicht der geeignete Augenblick gekommen, um eine endgültige Entscheidung zu treffen. Die ganze Angelegenheit ist nicht so einfach wie sie aussieht. Wenn auch die Amnestie im Namen des Reichspräsidenten erfolgt, so ist doch der Reichsjustizminister verantwortlich, der es deshalb wohl vorziehen dürfte, sich erst mit den verschiedenen Stellen über den notwendigen Umfang eines solchen Straferlasses ins Einvernehmen zu setzen.

Natürlich macht sich in den Kreisen derjenigen, die von einer Amnestie erfaßt werden können, oder ihrer Angehörigen eine Erwartung geltend. Die Hoffnung wird rege, daß die Grenzen ziemlich weit gezogen und die Bestimmungen möglichst ausgedehnt gehandhabt werden. Hier dürfte es, wie gewöhnlich, auch Enttäuschungen geben. Selbstverständlich kann keine Generalamnestie gewährt werden, bei der man alle irgendwie Bestraften in Freiheit setzt, oder bei allen, gegen die noch ein Verfahren schwebt, dieses einstellt. Über solche Fragen hat man sich im Reichstag schon sehr ausführlich unterhalten bei Anträgen, die Strafniederschlag für alle politischen Vergehen forderten. Es dürfte in Erinnerung sein, wie oft es dabei zu Störungen der Reichstagsverhandlungen kam, wenn in dieser Frage die Antragsteller ihre Forderungen stürmisch vertraten.

Gegen eine Amnestierung gewisser politischer Vergehen dürften unter Umständen kaum große Einwendungen erfolgen. Aber auch hier gibt es eine Reihe von Grenzfällen, in denen die Entscheidung schwer ist, ob wirklich nur eine politische Tat oder ein gemeines Verbrechen vorliegt. Gegen eine derartige allgemeine Amnestie wurden bei den Reichstagsverhandlungen die schwersten Bedenken geltend gemacht, besonders gegen eine solche durch Beschluß des Reichstages, weil dadurch die Justizhoheit der Länder erschüttert werde. Es ist auch nicht denkbar, daß in dieser Auffassung in absehbarer Zeit eine Änderung eintritt. Der Straferlaß wird deshalb immer ein Gnadenakt bleiben, der nur dort eintritt, wo es angängig erscheint. Nach diesen Grundsätzen dürfte bei einer etwaigen Amnestie beim Hindenburg-Jubiläum verfahren werden.

## Endlose Debatten über die Besatzungsstärke.

Verständigung hinausgeschoben.

Der englisch-französische Austausch von Meinungen über die Verminderung der Besatzung im Rheinlande zieht sich von Tag zu Tag hin, ohne daß ein Fortschritt zu dem notwendig zu erreichendem Ziele zu erkennen ist.

England, das bisher keine Gegenliebe in Frankreich für seine Vorschläge gefunden hat, will es nun mit „mündlichen Verhandlungen" versuchen. Die Aussprache soll in London erfolgen und dabei den Franzosen erklärt werden, wie angeblich gutunterrichtete Politiker wissen wollen, daß eine Verminderung der Gesamtstärke der Rheinlandbesatzung nur im zahlenmäßigen Verhältnis der bisher dort unterhaltenen fremden Truppen vor sich gehen dürfe. Dieser Standpunkt werde von englischer Seite nicht nur damit begründet werden, daß nur eine streng anteilsmäßige Herabsetzung „allein dem wahrhaft internationalen Charakter der Rheinlandbesetzung entspreche", sondern es soll auch ausgeführt werden, daß jede Verminderung der Besatzungsmacht, an der Frankreichs Besatzungsheer nicht in vollem Anteil beteiligt sei, ihre Wirkung auf die deutsche öffentliche Meinung verfehlen werde.

Das klingt ja ganz gut, aber viel wichtiger für die Deutschen und für das Rheinland ist schließlich, daß überhaupt etwas erfolgt und die endliche und längst gebotene Verminderung vor sich geht, wenn die der Gerechtigkeit entsprechende gänzliche Befreiung noch immer hinausgeschoben werden soll. England hatte in Paris bekanntlich eine Herabsetzung der gesamten interalliierten Besatzungsmacht von 69 000 auf 56 000 Mann gefordert. Frankreich hatte daraufhin geantwortet, daß ihm eine Gesamtreduktion von 10 000 Mann ausreichend erscheine. Die Gesamtherabsetzung von 10 000 Mann sollte aus 5000 Franzosen und je 2500 Engländern und Belgiern bestehen. Wenn sich jetzt die beiden Westmächte in nicht abreißenden Diskussionen über die gegenseitige Beteiligung ergehen, ohne irgendein Resultat zu erzielen, so muß in Deutschland der Gedanke Raum gewinnen, drüben mache man wohl einige Gesten, denke aber nicht ernstlich an eine Tat.

## Sacco und Vanzetti hingerichtet

Neuyork, 23. August. Sacco und Vanzetti sind heute kurz nach Mitternacht hingerichtet worden. Zu gleicher Zeit wurde auch der Portugiese Madeiros hingerichtet.

### Die Hinrichtung Saccos und Vanzettis.

Neuyork, 23. August. Die Hinrichtung Madeiros, der als erster den elektrischen Stuhl bestieg, fand neun Minuten nach Mitternacht statt. 10 Minuten darauf folgte Sacco und nach weiteren 7 Minuten Vanzetti. Gefaßt schritten sie zum Richterstuhl. Saccos letzte Worte waren Abschiedsgrüße an seine Mutter, seine Frau und seine Kinder. Vanzetti starb seine Unschuld beteuernd. Noch in letzter Minute hatten die Angehörigen der Verurteilten und zahlreiche prominente Persönlichkeiten die Intervention Fullers zu erreichen versucht, doch vergeblich. Fuller erklärte, seine Pflichten seien vom Gesetz genau vorgezeichnet und er könne daher nicht eingreifen. — Durch die Hinrichtung ist der juristische Streit über den Fall Sacco und Vanzetti, dessen Anlaß sieben Jahre zurückliegt und der fast alle amerikanischen Justizbehörden und dann die ganze Welt beschäftigt hat, beendet.

### Große Erregung in Amerika. — Zahlreiche Demonstrationen.

Neuyork, 23. August. Die Nachricht von der Hinrichtung Saccos und Vanzettis hat in Amerika große Erregung ausgelöst. In Neuyork fand eine von Kommunisten besuchte Massendemonstration statt. Es wurden Reden gegen den Kapitalismus gehalten. Berittene Polizei drang auf 7000 Personen mit Knüppeln ein. Panzerautos mit Polizei erschienen. Schließlich zerstreute sich die Menge. Weitere Demonstrationen fanden an anderen Stellen statt. Bei der jüdischen Zeitung „Vorwärts" gelang es jedoch, die Ruhe bald wieder herzustellen. Auch in Boston mußte die Polizei gegen die Menge vorgehen. 120 Personen wurden verhaftet. Massenkundgebungen fanden statt vor dem Gefängnis in Charlestown. Diese konnten von der Polizei zersprengt werden. Auch aus Chikago werden kleinere Demonstrationen gemeldet. In Pittsburg töteten die Demonstranten einen Schutzmann, worauf die Polizei mit größerer Schärfe vorging. Präsident Coolidge ist ständig von Detektiven umgeben. In Jersey-City ist ein Drohbrief eingegangen, in dem gedroht wird, daß im Falle der Hinrichtung sämtliche öffentlichen Gebäude zerstört werden sollen. An dem Streik beteiligen sich etwa 25 000 Kommunisten, welchem man aber keine besondere Bedeutung beimißt. Gewerkschaftssekretär Green hat an Fuller ein Protestschreiben gerichtet.

### Vergebliche Bemühungen für Sacco und Vanzetti

600 000 Amerikaner protestieren.

Während des Sonntags und des Montags wurden, wie aus Newyork berichtet wird, von den verschiedensten Seiten Schritte unternommen, um Sacco und Vanzetti zu retten und einen Aufschub der Hinrichtung zu erreichen. Präsident Coolidge, der frühere Präsident William Taft, der jetzt höchster Richter des Obersten Bundesgerichts ist, verschiedene andere Oberrichter, Senator Borah u. a. wurden ersucht, Einspruch zu erheben.

Auch an neuen Protestkundgebungen und Streikdrohungen fehlte es nicht und in Cordoba in Argentinien gab es in der Niederlassung der Ford-Werke eine Bombenexplosion, die gleichfalls mit Sacco und Vanzetti in Zusammenhang gebracht wurde. Unter den zahlreichen Kundgebungen war die bemerkenswerteste ein von 600 000 Personen aller Berufsklassen der Union unterzeichneter Protest.

## Für Steuererleichterungen des Handwerks

Kundgebung des Deutschen Schuhmachertages

Im Rahmen des Zweiten Allgemeinen Deutschen Schuhmachertages, der in Leipzig vom Reichsverband des deutschen Schuhmacherhandwerks (Sitz Hannover) und vom Bund der Schuhmachermeister Leipzigs veranstaltet wurde, ist eine öffentliche Kundgebung im Zoologischen Garten abgehalten worden an der Vertreter der Reichsregierung, der sächsischen Regierung und Vertreter von Behörden teilnahmen. Als erster Redner ergriff der sächsische Finanzminister das Wort. Die Lage des Schuhmacherhandwerks sei ihm, so führte er u. a. aus, wohl bekannt. Es bedürfe der wohlwollenden Fürsorge aller Regierungsstellen, um wieder vorwärtszukommen. Die sächsische Regierung habe den Mittelstandsschutzgedanken immer gepflegt und sie sei gewillt, den einzelnen Berufen wieder vorwärts zu helfen. Aber dazu sei erforderlich, daß auch die Steuergesetzgebung Rücksicht auf die mit ihrer Existenz kämpfenden Berufsstände nehme. Allerdings dürfe nicht vergessen werden, daß die deutschen Steuerleistungen in recht wesentlichem Umfang durch die Auslandsbelastungen bestimmt werden. Nach dem Minister sprach der Reichskommissar für Handwerk und Kleingewerbe, Ministerialdirektor Dr. Reichard der auch namens der Reichsregierung und des Reichswirtschaftsministeriums die besten Wünsche für die Tagung überbrachte. Er versicherte u. a., daß die Reichsstellen sehr stark darüber wachen, daß die öffentliche Hand nicht durch Einrichtung und Führung von Betrieben die Privatwirtschaft schädige, so daß diese imstande sei, ihre Aufgaben zu erfüllen. Im übrigen sei insbesondere das Schuhmachergewerbe auf die Genossenschaftsidee zu verweisen.

### Der sozialdemokratische „Peuple" zur deutsch-belgischen Enquete.

Brüssel, 22. August. Die belgische sozialdemokratische Zeitung „Peuple" beschäftigt sich eingehend mit der von Bandervelde vorgeschlagenen deutsch-belgischen Enquete. Das Blatt gibt der Meinung Ausdruck, daß in der Frage der Franktireurs Belgien die Wahrheit für sich habe. Die vorgeschlagene Enquete würde den Nutzen haben, daß sie dem deutschen Volke und vielen Deutschen, die guten Glaubens seien, zeigen werde, daß das belgische Volk verleumdet worden sei. Das würde dazu dienen, um die Beziehungen des belgischen mit dem deutschen Volke zu verbessern, mit dem Belgien in Frieden leben müsse.

### Der Abschluß der Militärkontrolle in Ungarn den Mitgliedern des Völkerbundsrates notifiziert.

Genf, 22. August. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat heute ein Schreiben des französischen Außenministers Briand als Präsident der Botschafterkonferenz zur Uebermittlung an sämtliche Mitglieder des Völkerbundsrates erhalten, in dem der Beschluß der Botschafterkonferenz über einen Abschluß der Tätigkeit der interalliierten Militärkontrollkommission in Ungarn mitgeteilt wird.

## Frankreich Quell aller Hindernisse.

Über die französischen Quertreibereien gibt eine Abhandlung des Londoner „Daily Telegraph" treffliche Auskunft. Das Blatt schreibt, der britische Botschafter in Paris habe ursprünglich beim Quai d'Orsay angeregt, daß das französische Rheinheer um 11 000 Mann vermindert werde, während die Engländer und Belgier ihre Truppen um 3000 Mann herabsetzen würden. Das sei insgesamt eine Verminderung um 14 000 Mann. In einer Mitteilung der französischen Regierung werde klargemacht, daß die französischen Militärbehörden unter keinen Umständen eine Verminderung der französischen Truppen billigen würden, die die Gesamtzahl der französischen Truppen unter 50 000 Mann bringen würde.

Hier wird klar gesagt, daß es Frankreich vor allen Dingen darauf ankommt, so stark wie möglich und so lange wie möglich im Rheinlande zu bleiben, ohne Rücksicht auf Deutschlands vollzogene Entwaffnung und die daran geknüpften Versprechungen. Gewaltpolitik geht in Paris eben immer noch vor Friedenspolitik.

### Die Rheinlandwünsche in Magdeburg

Die Räumung des Rheinlandes kein Handelsgeschäft.

Der Rheinische Tag in Magdeburg gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung der vielen Tausende von

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF